

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anstalten...
Verkaufsstellen: Leipzig, Chemnitz, Dresden, etc.

Abonnementpreise für das Erzgebirge...
Einzelhefte: 10 Pfennig

№. 171 Mittwoch, den 25. Juli 1923 18. Jahrgang

Die Hintermänner der Politik Poincares.

Wer einen mit so vielen Opfern an Blut und Gut verbundenen Abwehrkampf führt wie das deutsche Volk jetzt an Rhein und Ruhr, der muß wissen, um was er kämpft. Frankreich beschuldigt Deutschland, es entziehe sich „böswillig“ seinen Verpflichtungen, die Politik Frankreichs habe nichts anderes im Auge als Zahlungen und Leistungen zu erzwingen. Und das vor allem für die zerstörten Gebiete, die heute noch durch die Schuld Deutschlands zum großen Teil in Trümmern liegen. Die Welt jedoch glaubt nicht mehr an dieses Argument. Sie sieht vielmehr, daß die Gewaltpolitik Frankreichs die Reparationsmöglichkeiten zerstört. Nicht die Sorge um den Wiederaufbau der Kriegsgebiete, sondern die Interessen der französischen Großindustrie sind die Triebkräfte der französischen Politik, der Politik Poincares. Die französische Industrie will Rhein- und Ruhrgebiet auf unbestimmte Zeitdauer besetzt halten und ausbeuten. Francois Delaisi, der Verfasser des Buches „La guerre qui vient“, ein ehemaliger hoher Beamter des französischen Kolonialministeriums, bemüht sich unentwegt, dem französischen Volke zu zeigen, daß die Schwerindustrie das Ruhrabenteuer bereitet in ihrem Interesse, aber nicht im Interesse des französischen Volkes. Er legt auseinander, welche ungeheure Gewinne die französische Schwerindustrie aus den deutschen Kohlelieferungen herausschlägt. Und er ist in der Sage den Nachweis für seine Behauptungen zu erbringen. Kohle kostete in Frankreich im Jahre 1922 90 Fr. die Tonne. Deutschland wurde für seine Kohlelieferungen jedoch nur der deutsche Inlandspreis = 51,70 Fr. gutgeschrieben. Das heißt: der Gutskurs von 1,4 Milliarden Franken die Deutschland erhielt, stand für den gleichen Zeitraum ein Verkaufserlös von 2,6 Milliarden Franken gegenüber. Wenn nun der Gewinn von 1,2 Milliarden Franken der französischen Regierung zugute gekommen und für den Wiederaufbau verwendet worden wäre, so würde das schließlich, zumal von französischer Seite, zu rechtfertigen sein. Aber diese 1,2 Milliarden erhielt nicht die französische Regierung sondern sie kam in einen besonderen Reservefonds des Comité des Houillères, des Hüttenyndikats, das den Verkauf des Reparationskoffes in Händen hat. Und diese 1,2 Milliarden wurden aus diesem Fonds an die Großabnehmer, die indizierte Großindustrie als Rabatprämie verteilt. Von den Gewinnen der Großindustrie, die sie durch Verbilligung ihrer Produktionskosten infolge des billigen Kohles erzielt, soll hier gar nicht die Rede sein. Mit der Ruhrbesetzung trat eine Einigung in der Kohlelieferung ein. Die Großindustrie mußte Kohle aus England beziehen und bis 150 Fr. für die Tonne bezahlen. Das gute Geschäft hatte also aufgehört. Nichtsdestoweniger verharret die französische Politik bei ihren Besatzungsabsichten, weil sie bestimmt damit rechnen, daß früher oder später der deutsche Widerstand erlahmen und ihr dann das reiche Wirtschaftsgebiet als reife Frucht in die Hand fallen würde. Durch eine skrupellose Ausbeutung und Lohnpolitik würde dann der in der ersten Besetzungsperiode entstandene Gewinnanstieg wieder eingeholt werden.

Ein ähnliches Geschäft wie mit dem Reparationskoffe machten die französischen Hüttenbesitzer mit der deutschen Kohle. Auch diese wird zum deutschen Inlandspreis Deutschland gutgeschrieben. Der Preis der Kohlen aus den französischen Gruben übersteigt den der deutschen Kohle bei weitem und ebenso den der englischen in die französischen Häfen gelieferten Kohlen. Das Nationalbüro der Kohlengruben konnte durch die Lieferung der billigen deutschen Reparationskohle ein System der Preisregulierung einführen, durch welches es die Kohle in Frankreich zu einem Mittelpreis zwischen den französischen und deutschen Preisen verkauft. Was es an den ersten verliert, gewinnt es an den folgenden und es kann auf diese Weise der Industrie, den Eisenbahnen Kohlen zu Preisen verkaufen, die erheblich unter den Beschaffungskosten der französischen Kohle liegen. Nebenbei hat das französische Hüttenyndikat deutsche Reparationskohle, die das Land nicht verbrauchte, verkauft und einen doppelten hohen Preis dafür erhalten, als Deutschland gutgeschrieben wurde.

Den größten Nutzen von den billigen deutschen Kohlen- und Kohlelieferungen hat neben dem Hütten- und Eisenyndikat. Diese Syndikate vor allem haben den Ruhrreichtum veranlaßt und treiben Poincare zur Fortsetzung der Gewaltpolitik an, bis Deutschland „kapituliert“. Daß diese Gewaltpolitik mit dem Wiederaufbau der Kriegsgebiete nichts zu tun hat, ist aus allem ohne weiteres ersichtlich. Auch ist es klar, was Deutschland zu erwarten hat, wenn es sich den französischen Forderungen unterwirft.

Baldwin über Weltfrieden und Reparationen.

Im Unterhaus erklärte bei der Abrüstungsdebatte Baldwin, der Ernst der gegenwärtigen Lage könne gar nicht übertrieben werden. Europa sei noch immer ein bewaffnetes Lager, in welchem sich mehr Leute unter den Waffen befinden als 1914 bei Kriegsausbruch. England müsse der Welt beweisen, daß es wirklich meine, was es sage. Eine Abrüstung sei nur möglich, wenn sich die Mächte zusammenschließen. Der Staatssekretär für Luftfahrt Hoare verteidigte die Luftpolitik der Regierung, indem er ausführte, die Verstärkungen durch Luftangriffe würden heute hundertmal schlimmer sein als im letzten Kriege. Deshalb könne es sich keine Regierung leisten, ihr Land von aller Luftverteidigung zu entblößen. Was die Abrüstung im allgemeinen betreffe, so müsse der materiellen die moralische folgen. Der Vorschlag, die Frage der Abrüstung durch gegenseitige Garantievorschläge zu fördern, schließe die Gefahr in sich, daß man zu dem alten Regime, der Gruppierung von Mächten, zurückkehre. Indessen werde auch diese Möglichkeit von der Regierung ohne Voreingenommenheit geprüft werden.

Nach längerer Debatte ergriff Baldwin nochmals das Wort und erklärte, der Traum eines allgemeinen Friedens sei schon Jahrhunderte alt. Die Regierung glaube, daß der Versuch, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine internationale Konferenz einzuberufen, keinen Erfolg haben würde. Bevor man an dieses Problem herantrete, müsse erst das Reparationsproblem und die Frage der Sicherheiten geregelt sein. Es bestehe keine Aussicht darauf, daß Frankreich eine günstige Antwort erteile, bevor es ein Ergebnis in der Frage der Reparationen und Sicherheiten erreicht habe. Das erste, was die Regierung tun müsse, sei die Reparationen in Ordnung zu bringen.

Lloyd George kritisiert Baldwins Politik.

Lloyd George sagte auf einem ihm zu Ehren gegebenen Fest, es sei zweifelhaft, ob ein unparteilicher Beobachter später der Ansicht sein werde, daß der Wechsel der Regierung England zugute gekommen sei. Die Koalitionsregierung habe es wenigstens fertiggebracht Poincare neun Monate an der Befestigung des Ruhrgebietes zu hindern, einer Handlung, die das wirtschaftliche Leben ganz Europas in Verwirrung gebracht habe. Das Programm der neuen Regierung sei engere Freundschaft mit Frankreich gewesen. Offenbar sei aber die Entente geschwächt worden. Mit der Türkei habe England einen Frieden abgeschlossen, wie er demütigender von England nie unterzeichnet worden sei. Was die Ruhrfrage betreffe, so werde England, das ein vitales Interesse daran habe, nicht einmal um seine Meinung befragt. Poincare besuche Theunis und Theunis Poincare, aber Englands Ansichten würden nicht eingeholt.

Belgiens Stellung zur englischen Note.

Der belgische Ministerrat beschloß sich mit den von der englischen Regierung übermittelten Dokumenten zur Reparationsfrage. Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ will trotz völliger Geheimhaltung über den Verlauf des Ministerrats folgende fünf Thesen aufstellen in der Lage sein, die den Standpunkt des belgischen Kabinetts kennzeichnen:

- 1. im englischen Entwurf sind gute Dinge neben schlechten festzustellen;
- 2. die englischen Dokumente verschließen die Tür für weitere Verhandlungen nicht;
- 3. was die Ruhrfrage betrifft, wird Belgien sich nicht in einer so strengen Weise an Frankreich für gebunden erachten.

Es muß die Gelegenheit gesucht werden, Amerika an die Seite der Alliierten zu bringen. Der Gedanke die Beurteilung der Finanzlage Deutschlands einem unparteilichen, rein beratenden, von einem Amerikaner präsierten Ausschuss zu überweisen, darf also nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Ein neuer deutscher Reparationsplan!

Der Korrespondent der „Daily News“ in Berlin meldet, die deutsche Regierung habe dem Foreign Office mitgeteilt, sie lege gegenwärtig die letzte Hand an einen neuen Entschädigungsplan, in dem besonders die Frage der Garantien eingehend behandelt wird.

Wie der Berliner Korrespondent der „Daily News“ meldet, teilte die deutsche Regierung der englischen Regierung mit, daß zwischen der Reichsregierung und den Industriellen, den Bankiers und den Landwirten in diesem Augenblick Verhandlungen über die von Deutschland zu leistenden Garantien auf das deutsche Entschädigungsangebot geführt würden. Der deutsche Garantieplan sei fertiggestellt. Er betreffe eine innere Goldanleihe sowie Steuerzahlung auf Goldgrundlage für Erbschaften

und Immobilien, Erhöhung der Ausfuhrabgabe und der Einkommensteuer, die das Einkommen des vorjährigen Betrages ausmachen soll, eine Sondersteuer für Automobile und Bewilligung von Krediten durch die Reichsbank auf Goldgrundlage.

Revisionsverfahren gegen Krupp Mitte August.

Nach einer Meldung des „Journal“ wird die Revisionsverhandlung im Krupp-Prozess vor dem Pariser Kassationsgerichtshof am 10. August stattfinden können. Den Vorsitz führt Boutloche, als Offizialvertreider fungiert Coutard. Die einzige Frage um die es sich vor dem Kassationsgerichtshof handeln wird, ist die über die Zuständigkeit des Kriegsgerichts, welches das erste Urteil gefällt hat. Wie das „Journal“ andeutet, wird die Revisionsverhandlung einen neuen Gesichtspunkt für die Beurteilung bedeuten, die damit alle Rechtsmittel erschöpft haben, und deren Beurteilung damit endgültig werden wird. Es wird allgemein angenommen, daß der Oberste Pariser Gerichtshof kein anderes Urteil fällen wird als das am 22. März, wo in einer Verhandlung über ein Urteil gegen Thibben ebenfalls die Zuständigkeit des Kriegsgerichts in Mainz anerkannt wurde. Nach dem Spruch des Revisionsgerichts, Hofes werden Krupp und seine Direktoren in französische Gefängnisse übergeführt werden.

Ramsay Macdonald propagiert Abrüstung.

Im Unterhaus brachte am Montag der Arbeiterführer Ramsay Macdonald unter lautem Beifall seiner Parteifreunde eine Entschleunigung zugunsten der Abrüstung ein, die besagt, das Unterhaus beklage die riesigen und zunehmenden Ausgaben für die Streitkräfte zur See und in der Luft und andere militärische Vorbereitungen, welche den Wiederbeginn des Rüstungswettbewerbes bedeuten und Mittel verbrauchten, die für Unterricht, Gesundheitswesen und ähnliche soziale und humane Zwecke verwendet werden könnten. Die Resolution erinnert an die Versprechungen der politischen Führer und an die Erwartung der Nation, daß der große Weltkrieg der letzte Krieg gewesen sein solle, und fordert die Regierung auf, unverzüglich Schritte zu tun, um eine internationale Konferenz einzuberufen, damit diese ein Programm nationaler Sicherheiten erwäge, das von der Grundlage ausgehen hätte, daß Frieden und Freiheit der großen und kleinen Nationen nur durch Abrüstung gesichert werden könne. Macdonald erklärte in der Begründung, es sei tief beklagenswert, daß die Ausgaben, die der Vorbereitung des nächsten Krieges dienen, einen so riesigen Umfang angenommen hätten. Je mehr eine Nation für Verteidigungszwecke ausbe, umso mehr vernachlässige sie die moralischen und sozialen Pflichten. 1914/15 hätten die politischen Führer zum Eintritt in das Meer aufgefordert, um mit dem Kriege ein Ende zu machen. Solch dies Versprechen nicht gehalten werden?

Der Frieden im Orient.

In einer feierlichen Schlussitzung wurde gestern nachmittag in der Aula der Lausanner Universität der Friedensvertrag zwischen der Türkei einerseits, England, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland und Rumänien andererseits unterzeichnet und gleichzeitig die Unterzeichnung der dem Vertrag beigelegten Abkommen, Protokolle und Erklärungen vorgenommen. Die Sitzung, an der die ausländischen und Lausanner Behörden, Parlamentsvertreter und die Presse teilnahmen, wurde um 3,10 Uhr durch den schweizerischen Bundespräsidenten Scheurer, der von den Bundesräten Guhard und Schulthes begleitet war, eröffnet.

Der Bundespräsident forderte die Bevollmächtigten zur Unterzeichnung der 18 diplomatischen Schriftstücke zu schreiten. Als erste unterzeichneten die drei türkischen Bevollmächtigten, Ismed Pascha, Niza Kuri Bei und Hassan Bei, dann für England Sir Horace Rumbold, für Frankreich General Belle, für Italien, Garenti, für Griechenland Kehlhelos, für Japan Hayashi, für Rumänien Diamandi, für Bulgarien Krovoff und Stanzloff. Der belgische und der portugiesische Vertreter unterzeichneten darauf die Abkommen, die ihre Länder betreffen. Der Unterzeichnungsdauer eine halbe Stunde. Der jugoslawische Vertreter beteiligte sich, obwohl er der Sitzung beiwohnte, nicht an der Unterzeichnung. Ismed Pascha unterzeichnete mit einer Feder, die ihm Mustafa Kemal Pascha eigens zu diesem Zwecke gesandt hatte.

In seiner Rede zur Schlussitzung der Lausanner Konferenz führte Bundespräsident Scheurer aus, der Schweiz sei es verdammt gewesen, die Konferenz von ihrem Anfang bis zum jetzt erfolgten glücklichen Abschluß zu beherbergen. Der Bundespräsident dankte den Vertretern aller Mächte für die der Schweiz damit erwiesene Ehre. Die Schweizer wünschten auf Erfahrung die großen Schwierigkeiten in der Verständigung der Sprache, Rasse und des Glaubens, sie wählten aber auch das trotz dieser Verschiedenheit es möglich sei, in Frieden und Freundschaft zu leben.

Der Bundespräsident hob weiter die Bedeutung der Abklärung des nahen Ostens für die Entwicklung der gesamten Abklärung hervor und schloß mit dem Wunsch, daß der heutige Tag, an welchem die Kämpfenden die Waffen niedergelegten, der Anfang einer wahren Friedensarbeit werden möge. Die Bevollmächtigten beschlossen, keine Reden zu halten. Die Reden

Leipzig, Chemnitz, Dresden, etc.
Verkaufsstellen: Leipzig, Chemnitz, Dresden, etc.
Abonnementpreise für das Erzgebirge...
Einzelhefte: 10 Pfennig

Leipzig, Chemnitz, Dresden, etc.
Verkaufsstellen: Leipzig, Chemnitz, Dresden, etc.
Abonnementpreise für das Erzgebirge...
Einzelhefte: 10 Pfennig

an den schweizerischen Bundespräsidenten ein Schreiben, in welchem sie ihren Dank für die Gastfreundschaft ausdrücken und die Bedeutung der Schweiz als eines aufrichtigen und unermüdbaren Verfechters der Idee des Friedens hervorheben.

Die Frankfurter Ausschreitungen.

Ueber die Ermordung des Staatsanwalts Dr. Haas bei den sozialdemokratisch-kommunistischen Antifaschistenkundgebung wird ergänzend berichtet, daß Dr. Haas nicht wie behauptet wurde, auf die eindringende Menge geschossen habe. Der Revolver des Ermordeten befindet sich noch unbeschädigt in den Händen der Polizei.

In der Nebenau entstand vor den Häusern 7 bis 9 gleichfalls eine große Zusammenrottung. Ein Trupp jugendlicher Arbeitsloser hatte sich abgesondert, um angeblich einen der Direktoren einer großen Maschinenfabrik zu suchen.

Der Polizeipräsident hat infolge der Ausschreitungen im Anschluß an die von Sozialdemokraten und Kommunisten veranstaltete Kundgebung Versammlungen unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten.

Es wird von Woche zu Woche schlimmer mit diesen Untaten, die meistens von halbwildlichen Burschen ausgeführt werden. Hoffentlich wird am 29. Juli folgende Demonstration verboten — so wie solche in Hannover schon verordnet hat.

Die Frau Professorin.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Verthold Kuerbach.

(2. Fortsetzung.)

„Die Grundel? Ich bin begierig, die Grundel (Gründling, kleiner Fisch) wieder zu sehen,“ sagte Reinhard.

Der Wadewirt erwiderte schelmisch lächelnd und mit dem Finger drohend: „Oha, Mannle! Das ist keine Grundel mehr, das kann sich sehen lassen, es ist ein lebendiges Mädel; bißott, aber Ihr könnt Euch nicht sehen lassen, man meint, Ihr wäret ein alter Frauensteiner Salpeterer, Ihr habt ja einen ganzen Wald im Gesicht.“

„Wann! Um Gottes willen, Mann!“ unterbrach ihn Reinhard, „kommt Ihr jetzt auch mit diesen Gespöchten an? Hat man denn nirgends mehr Ruhe vor der verdammten Politik?“

„Ja, gudet, das geht einmal nimmer anders: wir dummen Bauern sind jetzt halt auch einmal so dumm und fragen danach, wo unsere Steuern hinkommen, für was unsere Büben so lang Soldaten sein müssen und —“

Der Kollaborator aber sagte die Hand des Wirts klopfte ihm auf die Schulter und sagte: „Ihr seid ein ganzer Mann, ein Bürger der Zukunft.“

Der Wadewirt schüttelte sich, hob beide Achseln, schaute den Kollaborator mit gezuckelter Stirne an und sagte dann indem er lächelnd nickte: „Einen schönen Gruß, und ich hab mich schon bedankt.“

Die wertbeständige Anleihe des Reiches. Die Besprechungen über die Auslösung einer wertbeständigen Anleihe des Reiches werden zwischen dem Finanzministerium, der Reichsbank und den Großbanken fortgesetzt.

Koste verbietet den Antifaschistentag. Amtlich wird gemeldet: Am 29. Juli wollten die Kommunisten große Demonstrationen veranstalten. Mit Gegenkundgebungen ist zu rechnen.

Prinzessin Hohenlohe vor dem Staatsgerichtshof.

8 Monate Gefängnis.

Dem Prozeß gegen die Prinzessin Hohenlohe liegt folgender Tatbestand zugrunde: Am 28. November vorigen Jahres war die Prinzessin, die in München-Pasing wohnt, vor den Untersuchungsrichter geladen, um über ihre Beziehungen zu dem Kapitänleutnant Ehrhardt Auskunft zu geben.

Am Montag, als der Prozeß begann, wurde zunächst die Prinzessin über den Tatbestand vernommen. Bemerkenswert war, daß sie eine Rechtsauskunft darüber einholen wollte, ob sie ungefragt etwas unter Eid aussagen dürfe, d. h. ob sie annehmen dürfe, daß Ehrhardt mit Schwewe identisch sei.

Der Kollaborator wußte nicht, was das bedeuten soll. Es gab aber nicht lange Bedenkzeit, man vernahm Peitschenknallen auf der Straße, der Wadewirt ging nach der Haube, dem bedeckten Söller, der das Haus mit Ausnahme der Gartenseite umschloß.

„Fahr besser hi!“ rief der Wirt dem jungen Mann zu, der auf dem Sattelgaul vor dem Heuwagen saß, „noch härter hiß, sonst kommst du nicht herein, du lernst's dein Lebtag nicht; so, jetzt freischweg, fahr zu!“

Der Kollaborator fragte beiseite: „Warum lasset Ihr denn das Scheunentor nicht weiter machen, da es doch so mühsam ist, herinzufahren?“

Der Wadewirt, der zum Fenster hinaussah, hatte,ehrte sich um, dann schaute er wieder ins Freie und brach hinaus: „Das junge Volk braucht's nicht besser zu haben als wir, es soll eben auch lernen, die Augen bel läß zu haben und geschickt sein und wissen was hinter ihm drein kommt.“

„Unser Tambourmajor,“ sagte Stephan, der Sohn, „hat auch so einen gutsämmerlichen Bart gehabt, er hat ihn aber alle Morgen schwarz gewaschen.“

„Wenn ich jung wäre, mich dürftest Ihr mit dem Bart nicht rüger,“ sagte Barbel, eine behäufte, park-

es mit einem Ehrenmanne zu tun zu haben. Als Zeugen werden ferner noch Koste und einige Offiziere vernommen.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen die Prinzessin Margarete von Hohenlohe-Dehringen lautet auf 8 Monate Gefängnis wegen Begünstigung des Hochverrats in Tateinheit mit Meineid.

Die Blühoger.

Zu Beginn des zweiten Tages erhält sofort Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer das Wort zu seinem Blühoger. Er setzt als Motto vor seine Ausführungen den Spruch: Es freilen die Berge und geboren wird eine lächerliche Maus.

Der Oberreichsanwalt schließt sein Blühoger: Die Prinzessin verdient nicht ins Zuchthaus geschickt zu werden, eine Gefängnisstrafe ist angemessen.

Tarauf nahm der erste Verteidiger, Rechtsanwalt Schleich, München das Wort. Der Verteidiger bittet für den Fall, daß doch auf eine Strafe erkannt werden soll, um das Mindestmaß und um Aufhebung der Haft, evtl. gegen Stellung einer Kaution.

Der zweite Verteidiger Rechtsanwalt Kratz-Deipzig fährt u. a. aus: Die Anklage siehe und falle damit, daß der Gerichtshof feststellt, ob wirklich ein Fallbeispiel geliefert sei oder nicht.

Kurz vor Schluß ruft Präsident Dr. Schmidt die Angeklagte zu sich heran und redet auf sie in väterlich-nachvollendem Tone ein. Die Angeklagte gesteht mit leiser Stimme, daß sie ihr Unrecht einsehe.

Auffehen erregende Verhaftung in Sachen Ehrhardt.

Die „Deffauer Zeitung“ berichtet: In Gernrode wohnt seit Jahresfrist ein Fleischer von dem Busche-Bohe der mit einer Engländerin namens Carpenter verheiratet ist. Der Mann ist als Pfleger aus Südafrika ausgewiesen worden und war an seinem jetzigen Wohnort bisher nicht aufgefallen.

knackige Person die als Magd im Hause dienete: Martin, der Knecht, der hinter ihr stand, war ihr Sohn. Dieser hatte seine besondere Meinung, die er nun auch preisgab: „Und ich sag', der Bart vom Staatmännig er steht aus wie der heilig' Joseph in der Kirch!“

„Und du wie der Wöhrerprinz,“ endete der Wadewirt, „aber wo stadt denn das Vorle? Alte, hol mir einen Trunt aus dem Keller und gib mir ein Mämpfese (Mundvoll) Räs und dann rührest du dem Herrn Reinhard sein altes Hämmer her, und der andere fremde Herr kann auf dem Tanzboden schlafen.“

Der Wadewirt bekam nun doch endlich seinen Trunt; er ging lieber eine Stunde in brennendem Durst umher, ehe er die zwei Treppen hinauf und wieder hinaufflieg. Der Kollaborator setzte sich zu ihm.

Reinhard machte einen Gang durch das Dorf. Alle Kinder liefen ihm nach, und einige mutvolle riefen sogar aus sicherem Versteck:

Roter Fuchs, dein Bart brennt an.

Schütt ein bißle Wasser dran.

Reinhard ging in das Haus, wo der Wader wohnte, die Kinder warteten vor der Tür, bis er wieder geschäft herauskame; als er aber mit vollem Barichmus wieder erschien, lachten und jubelten sie aufs neue.

Im Hause des Waders wohnte noch jemand, dem Reinhard einen Auftrag gegeben hatte: es war der Dorfschütz der jetzt mit der Schelle herauskam. Er klappte an allen Ecken und brach, dann laut und deutlich: „Der Wader Reinhard ist wieder angekommen mit einem großmächtigen roten Bart. Wer ihn sehen will, soll in die Binde kommen, allda ist der Schaulplatz. Eintrittspreis ist, daß jeder ein groß Maus machen und seine Zähne wässern muß, wenn er hat. Um halb neun Uhr geht die Fütterung an. Kinder sind frei.“

(Fortsetzung folgt.)

Von Stadt und Land.

Mus, 26. Juli.

Neuordnung des Wucherbekämpfungsvorschriften.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei versendet eine längere Auslassung in der es heißt:

Angesichts der mit dem Aufbruch verbundenen wirtschaftlichen Gefahren hatte der Reichstag die Reichsregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrates zum Zwecke der wirksameren Bekämpfung des Wucher- und Schieberunwesens die hierfür geltenden Vorschriften zusammenzufassen und diese dabei zu ändern, soweit das zur Vereinfachung, Klärung, Anpassung an die wirtschaftlichen Verhältnisse und zur wirksameren Bekämpfung der Preissteigerung und anderen Ausschlägen des Wirtschaftslebens erforderlich ist.

Die Regierungsvorlage fasste den gesamten einschlägigen Gesetzstoff, der bisher in einigen Dutzend von Verordnungen und Besetzen verstreut war, zusammen in acht Verordnungen, die durch eine neuerte Rahmenverordnung ihrerseits zusammengefasst und unter gleichzeitiger Außerkraftsetzung der bisherigen Vorschriften gemeinsam in Kraft gesetzt werden. Der Reichsrat hat diese Verordnungen in zwei ausführlichen Besuchen seiner Ausschüsse durchberaten und sie in seinen Vollkommen vom 9. und 12. Juli 1928 in ihrer Gesamtheit angenommen mit der Bestimmung, daß sie mit dem 1. August 1928 in Kraft treten sollen.

Die Vorschriften bringen außer der Zusammenfassung des bisherigen Bestandes einige Neuerungen, von denen die wichtigsten die Befreiung des Leistungswechsels und die einheitliche Neuregelung der Pflicht zur Preisauszeichnung ausgestellter Waren sind. Wegen Leistungswechsels wird in Zukunft mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft, wer für Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs eine Vergütung nimmt, die einen übermäßigen Verdienst enthält. Hierdurch sollen diejenigen getroffen werden, die für Verrichtungen — z. B. das Aufräumen, Bearbeiten, Ausbessern, Reinigen, Härden, Ausbewahren, Transportieren, Verleihen und Verleihen von notwendigen Bedarfsgegenständen übertrieben hohe Vergütungen fordern.

Die in Sachsen bereits durch die Preisstabilisierungsverordnung des Wirtschaftsministeriums vom 9. März 1928 allgemein eingeführte Pflicht, im Kleinhandel selbstgehaltene Waren des notwendigen Lebensbedarfs bei Ausweisung und Anpreisung in Schaufenstern, Schaustufen, auf dem Wochenmarkte, in der Markthalle oder im Straßenhandel mit deutlich lesbaren Preischildern auszuzeichnen, ist nunmehr für das ganze Reich einheitlich festgelegt und dahin erweitert, daß die Preisauszeichnung auch erfolgen muß, wenn die Waren im Laden sichtbar ausgestellt oder angepriesen werden. Außerdem ist sie auf Waren Sachens dahin ergänzt worden, daß Lebensmittelhändler, die die von ihnen selbstgehaltene Waren nicht ausstellen, im Schaufenster oder am Verkaufsstand ein gut lesbares, deutlich geschriebenes Verzeichnis der Preise aller wichtigeren, von ihnen geführten Lebensmittel ausarbeiten haben, jedoch die Verbraucher jederzeit ins Auge fassen, die Lebensmittelpreise bei den einzelnen Händlern feststellen und zu vergleichen.

Da eine wirksamere Bekämpfung des Schieber- und Wucherunwesens nicht sowohl durch die Verschärfung der Strafandrohungen, die jetzt schon harte Strafen aufweisen, als dadurch zu erwarten ist, daß das, was als Wucher zu bestrafen ist, ungewollt ungeschrieben wird, hatte Sachsen zu der grundlegenden Bestimmung über den Preiswucher eine Reihe von Anträgen gestellt, deren gemeinsame Tendenz war den Strafverfolgungsbehörden das Jagdreden und den Nachweis des Wuchers zu erleichtern und der von den Interessierten verbänden der Erzeuger und Händler mit immer größerem Erfolge erstrebte Erweichung des Begriffes des Preiswuchers entgegenzuwirken. Als diese Anträge wurden abgelehnt, obwohl sie sich teilweise mit Forderungen deckten, die die Preisprüfungsstellen des Reiches bei ihrer letzten Tagung erhoben haben.

Steigende Notenzahl. Unausgesetzt arbeitet die Notenzahl und zwar in einem bis aufs Äußerste angespannten Tempo. In der zweiten Juliwoche wurden nicht weniger als 6,25 Billionen Papiermark in Verkehr gesetzt und der Notenumsatz damit auf 26,5 Billionen Mark gesteigert. Die gewaltige Zunahme der Notenzahl geht in der Hauptsache zurück auf die Kreditbewilligung des Reiches. Nachdem sie in der zweiten Juliwoche rund 8 Billionen Mark Schwanenwillingen dem Reich hat diktiert haben, ruhen jetzt für anderwärts 20 Billionen Mark Schuldverschreibungen des Reiches in der Trezore des Reichsbanks. Die anhaltende Inflation ist ein harter Antrieb zur Vermehrung der Nachfrage am Devisenmarkt, welche die Reichsbank neuerdings mit Hilfe von eigenen Mitteln, z. B. durch Beleihung oder Verkauf von Gold zu befriedigen sucht.

In der Woche vom 7. bis zum 14. Juli, in der die Reichsbank bereits mit schärferen Forderungen die Nachfrage nach Devisen einzuschränken versucht hat, mußte sie gleichzeitig, um überhaupt Material an den Markt bringen zu können, nicht weniger als 50 Millionen Goldmark aus ihrem Goldbestand verkaufen. Auf diese Weise schrumpfte der gesamte verfügbare Goldbestand der Reichsbank auf 868,9 Mill. Goldmark zusammen, wovon 110 Millionen sich im Ausland befanden.

Erst nachdem der Reichsbank-Goldbestand um fast ein Drittel zurückgegangen ist, ernennt man die Auflegung einer wertbeständigen Reichsbankleihe, die auf Goldmark lauten soll in Papiermark eingezahlt werden soll. Man ernennt so noch immer Tatsachen, die nach den Forderungen und fangener Sachverständiger schon längst hätten erfolgen müssen, wenn man den Wert der Mark wenigstens brämen wollte.

Keine Nebenarbeit von Weantern. Beim sächsischen Wirtschaftsministerium ist darüber geklagt worden, daß in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben vollbeschäftigte Handwerker nach ihrer Arbeitszeit noch in Privatbetrieben mitwirken. Wenn auch dadurch keine volle Arbeitskraft ersetzt wird, würde doch durch den Fortfall dieser Nebenarbeit eine kleine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten. Mit Rücksicht auf die Erwerbslosigkeit weist daher das Wirtschaftsministerium sämtliche Staatsbeamten erneut darauf hin, daß sie zur Vermeidung dienstlicher Bestrafung in keinem Falle eine Nebenbeschäftigung oder gewerbliche Tätigkeit, zu deren Ausübung sie nach gesetzlicher Vorschrift die Genehmigung der Behörden einzuholen haben, ohne diese Genehmigung beginnen dürfen. Sie wird der bisherigen Übung entsprechend auch dann, wenn

eine Entschädigung freierwerblicher Personen hierdurch nicht zu befürchten ist, nur beim Vorliegen besonderer Gründe erteilt werden. Hinsichtlich der sächsischen Staatsarbeiter wird erneut daran erinnert, daß den vollbeschäftigten Verwaltungsarbeitern die Ausübung einer Nebenbeschäftigung gegen Entgelt laut Tarifvertrag verboten ist. Den Gemeindebehörden stellt das Wirtschaftsministerium anheim, grundsätzlich in gleichem Sinne zu verfahren.

Der Schlüssel der Bücherpreise. Die Schlüsselzahl des Pfortenvereins des Deutschen Buchhandels ist mit Wirkung vom 26. Juli auf 25 000 erhöht.

Die Schlüsselzahl findet angesichts der rapid fortschreitenden Geldentwertung Eingang bei immer neuen Erwerbsswergen und ist jetzt auch vom Deutschen Buchdruckerverein übernommen worden, allerdings nicht wie anderwärts auf den Friedenspreis, sondern auf die Preise vom April 1922. Auch für das Zeitungswesen sind Bestrebungen im Gange, das Schlüsselzahlsystem einzuführen.

Erhöhung der Gerichtskosten. Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet am Montag eine Verordnung zur Erhöhung der Gerichtskosten. Einstimmig stimmte der Ausschuss zu, daß die Gerichtskosten entsprechend der Geldentwertung erhöht werden. Sodann wurde eine Verordnung zur Entlastung der Gerichte beraten, die die Erhöhung der Zuständigkeit des Amtsgerichtes von 300 000 auf 5 Millionen Mark vorstelt und die Revisionssumme auf 5 Millionen Mark erhöht.

Schülerwanderungen. Die oberen Klassen der neunstufigen höheren Lehranstalten und die Klassen I bis 8 der Seminare können von jetzt an Ausflüge bis zu drei Tagen, die Klassen des Mittelbaues der neunstufigen höheren Schulen sowie die drei obersten Klassen der sechsstufigen und die Klassen 4 und 5 der Seminare solche bis zu 2 Tagen unternehmen, ohne daß eine besondere Genehmigung des Kultusministeriums nötig ist.

Metallarbeiterversammlung. Die Metallarbeiter von Aue versammelten sich heute von 11 Uhr an auf der Waldhölle, während Abgeordnete mit den Arbeitgebern im Wasser Georgi Lohnverhandlungen pflegten. Arbeiter der Betriebe, die nicht ausgehen waren, wurden herbeigeholt. Die Arbeiter blieben bis in die Nachtstunden zusammen, da sich die Lohnverhandlungen sehr in die Länge zogen.

Arbeitsjubiläum. Sein 30jähriges Arbeitsjubiläum feierte heute bei der Firma G. A. Schied-Aue der Rempnermeister Bruno Schelbner, der vor seinem mit Blumen geschmückten Platz von Gehilfen und Arbeitgeber beschenkt wurde und durch das Mitglied der Gewerksammer Schneberg, Herrn Georgi, eine Urkunde überreicht erhielt.

Verbandstag der sächsischen Schneiderrinnungen. Der 44. Verbandstag des etwa 100 Innungen mit 120 000 Mitgliedern umfassenden Verbandes der Schneiderrinnungen Sachsens wurde am Sonnabend in Plauen mit einer Ausstellung der Schneiderrichtarten in der Gewerkschule eingeleitet. Nach einem Begrüßungsabend und mehreren Sitzungen interner Art fand am Sonntagvormittag unter starker Beteiligung die erste öffentliche Hauptversammlung des Schneidertages als Sonder-tagung der sächsischen Schneiderrinnungen statt. Nach einem eingehenden Vortrage von Frau Obermeisterin Elisabeth Ringel-Welken über Aufbau und Ausbau der Schneiderrinnung und einer außerordentlich regen Aussprache über die mannigfachen Fragen einer zweckmäßigen Organisation des Schneiderrinnungsgewerbes wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt: „Die in Plauen tagende Sonderversammlung der Schneiderrinnung beschließt, daß sie von der Errichtung eines Sonderverbandes der Schneiderrinnungen absteht, dafür aber dem Schneiderrinnungsgewerbe den Anschluß an den bestehenden Landesverband der Schneiderrinnungen Sachsens empfiehlt unter der Bedingung, daß die Gleichberechtigung des Schneiderrinnungsgewerbes (sachgemäß) festgelegt wird. Die Innungen werden ersucht, bis zum Schluß des Jahres ihren Beitritt zum Landesverbande zu erklären.“ Weiter wurde nach eingehender Berichterstattung durch Frau Wied-Dresden über die am Vormittag abgehaltene Kommissionssitzung die in dieser festgelegten Entschuldigungsätze für Verleumdungen im Schneiderrinnungsgewerbe auf Grundlage der Silbermark angenommen und endlich Stellung genommen zur Höchstzahl der Verleumdungen im Schneiderrinnungsgewerbe. Am Montag fand die zweite öffentliche Hauptversammlung statt.

Die Leipziger Volkszeitung gegen Liebmann. Die Leipziger Volkszeitung unterzieht die Darstellung des Innenministers Liebmann über die monatliche Regierungstätigkeit des Reichsministers Liebmann einer scharfen Kritik und schreibt u. a.: „Wenn Genosse Liebmann meint, daß das Gesamtergebnis des praktischen Zusammenarbeitens von Sozialdemokraten und Kommunisten für die gesamte Arbeiterschaft von ausschlaggebender Bedeutung für die Einheitsfront werden könne, so ist das angesichts des wütenden Gebelers der Kommunisten gerade gegenwärtig, und nicht nur außerhalb Sachsens, sondern auch in Sachsen, doch eine starke Illusion. Die Kommunisten folgen ihren Moskauer Befehlen, wie sie auch nicht ohne die Zustimmung Moskaus die sozialdemokratische Regierung in Sachsen unterstützen durften. Beist der Moskauer Wind einmüdig, dann werden die Kommunisten in Sachsen Liebmann und Graupe kassandrisch fallen lassen. Und das wird in dem Augenblick geschehen, wo die kommunistische Leitung in Berlin und Moskau glaubt, auf dem eingeschlagenen Wege der Unterstüßung der sozialdemokratischen Regierung ihr Ziel, die Sozialdemokratie zu zermürben, nicht erreichen zu können. Wie lange sich Genosse Liebmann an der Hoffnung auf die Unterstützung der braven Kommunisten wird haben können, ist eine Frage für sich.“ — Herrn Liebmann wird auch die Leipziger Volkszeitung nicht besparen. Immerhin aber ist es beachtenswert, daß die Leipziger Volkszeitung so schreibt. Die ganze „Freundschaft“ zwischen den Kommunisten und Sozialisten beruht ja doch eben bloß auf der Feindschaft gegen das Kaiserreich. Sonst aber ist diese „Freundschaft“ nur sehr, sehr wenig wertlos.

Wahlkreisverteilung. Vom 28. Juli an werden folgende Orte in den Wahlkreisprogrammverträge einbezogen: Walsen (Warttemberg), Wald-Homburg vor der Höhe, Dorford, Kilstorf, Wilhelmshafen-Rühringen, Elmshorn und für die Wobegelt Seebad Alstedt, Seebad Banfin und Seebad Deringsdorf.

Von den Auer Eckschneidbühnen.

Apollo-Theater Aue. Die in künstlerisch-bemerkenswerter Weise neu vorgerichteten Apollo-Theater wurden gestern mit einem Elite-Programm wieder eröffnet. In dessen Mittelpunkt steht das sechsaktige Schauspiel „Als Helibelg“, das sich schon auf der Sprechbühne die Herzen des Publikums erobert hat. Das Film-Schauspiel behandelt denselben Stoff,

aber in moderner, umfassender Weise. Was auf der Sprechbühne nur mit kurzen Worten angedeutet werden kann, das glebt im Film in detaillierten Bildern am Auge vorüber und zwar in Bildern, die an Ort und Stelle aufgenommen worden sind, also historische Wahrheit verbürgen. Prächtige Landschafts- und Gebäudebilder aus der alten Redarstadt wechseln in bunter Reihe mit Bildern aus der guten alten Zeit authentischen Lebens und mit jarten Liebeszenen, in denen Eva Mal ihre Künste spielen läßt. Ueber allem liegt eine wahrhaft poetische Stimmung ausgebreitet, die nicht nur von dem romantischen Inhalt des Schauspielers erzeugt wird, sondern auch von der geschickten Regie, die mit allen Mitteln moderner Filmetechnik arbeitet und zudem es an nichts fehlen läßt, was zu einer hervorragenden Ausstattung gehört, so daß „Als Helibelg“ im Film der günstigsten Aufnahme beim Publikum sicher war. Der zweite Teil des Programms ist von dem genialen Schöpfer der Komik „Chaplin als Stütze der öffentlichen Ordnung“. Wer sich einmal so recht von Dutzend auslassen will der sehe sich diesen Film an!

Ernen, Sport und Spiel.

Werbekampfstreit des Schwimmvereins Neptun am 22. Juli 1928. Bei schönstem Wetter fand am vergangenen Sonntag das Werbekampfstreit des Schwimmvereins Neptun im Auer Stadtbade statt. Nachstehend die Ergebnisse: Brustschwimm 4 mal 50 Meter Gemischt 22, 3,04 Minuten als Verein mit Winterbad, Schneberg 3,10 Minuten als Verein mit Winterbad, Neptun-Aue mit Steigener, Girsch, Meinger, Steigener. Letzterer zweifelt, eine beachtliche Leistung für einen Verein ohne Winterbad 3,184 Minuten. Bei den 100-Meter-Werbekämpfen erlangte Neptun folgende Ergebnisse: beim 100-Meter-Brustschwimmen Dietrich T. Aue 51 Sekunden als 8. 100-Meter-Brustschwimmen für Herren 1. Steigener 1,43 Minuten. 50 Meter für Herren über 80 Jahre, 1. Meinger 47 Sekunden.

Dresden. Ein Vollzeithauptmeister verhaftet. Festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt wurde Vollzeithauptmeister Winter vom 6. Sicherheitsbezirk. Wie verlautet, hat der Verhaftete beim Verkauf festgesetzter Silberfachen in vermittelnder Weise sich betätigt.

Leipzig. Die sozialistischen Studenten in die Regierung zugezogen. Am Sonnabend, den 2. Juli fand in Leipzig eine starkbesuchte Versammlung Gruppe sozialistischer Studenten statt. Ministerialrat Freund-Dresden sprach über „Sachsen und die Reich“. Wegen der Stimme wurde am Schluß folgende Resolution angenommen: „Die im Saale der alten Handelsbörsen in Leipzig am 21. Juli versammelten Arbeiter und sozialistischen Studenten Leipzigs erklären sich mit den Ausführungen des Ministerialrats Genossen Freund einverstanden. Sie begrüßen den vom Kabinett Reigner eingeschlagenen Kurs, sie hoffen, daß dieser in Zukunft beibehalten wird, und versprechen, mit allem, was in ihren Kräften liegt, das Kabinett Reigner zu stützen und seine politischen Gedankengänge zu propagieren. Sozialistische Studentengruppe Leipzig.“ (Zit noch wenigstens wieder einmal jemand von der Wichtigkeit des neuen Kurzes überzeugt!)

Leipzig. Landarbeiterstreik. In der Amtshauptmannschaft Leipzig sind auf mehr als 80 großen Gütern die Landarbeiter in den Streik getreten. Die Gründe für den Ausstand sind in Lohnstreitigkeiten zu suchen. Der Streik hat auf einige Gütern der Amtshauptmannschaften Töbels und Dörsch übergegriffen. Die Rotstandarbeiten werden zwar im allgemeinen verrichtet, aber an vielen Stellen nur sehr mäßig durchgeführt.

Leipzig. Frühkrämer. In einem Butterschiff in Kleinschöcher stahl ein Diebliches Mädchen einer Frau die Brieftasche mit etwa 200 000 Mark Inhalt. Das Kind wurde später ertappt und die Brieftasche unter einem Möbelwagen aufgefunden. Das Kind leugnete aber den Diebstahl und verriet auch nicht, was es mit den fehlenden 100 000 Mark gemacht habe.

Neues aus aller Welt.

Aus Wöttingen ausgewiesene Franzosen. Bei einem Wöttinger Privatdozenten M. Wiber waren, wie die Wötsche Zeitung mitteilen weiß, zwei französische Theologiestudenten abgefragt, die einem christlichen Versöhnungsbande angehören sollten, der auch in Deutschland durch den D. C. S. W. vertreten ist. Angehörige des jungdeutschen Ordens und des Hochschulringes deutscher Art drangen in die Wohnung des Privatdozenten ein und setzten es durch, daß die beiden Franzosen abzuführen. Außerdem wurde Wiber von der Staatsanwaltschaft verhaftet. — Die Wötsche Zeitung ist sehr aufgebracht über diese Vorkälle. Aber ob es wirklich so dringend notwendig ist, mit jedem Franzosen so großen „Sums“ zu machen, der einem Versöhnungsbande angehört? Es ist komisch, daß die Wötsche Zeitung jetzt auf einmal meint, daß Deutschland durch solche Versöhnungsvereine gerettet werden kann und daß man die Vereinsangehörigen als Hüter einer großen Zukunft behandeln soll.

Schwerer Autounfall. In Dalberstadt fuhr ein Auto der Kraftverkehrs-Gesellschaft Sachsen-Anhalt, von der Braut des Führers gesteuert, mit voller Wucht in eine Gruppe von Frauen und Kindern, die vor einem Milchgeschäft zum Abholen der Milch Reihe standen. Eine Frau wurde getötet, mehrere Frauen und Kinder verletzt. Der Fahrer und seine Braut wurden verhaftet.

Ausdehnung des polnischen Streiks. Seit Montag stehen sämtliche Fabriken der Warschauer Metallindustrie still, da die Arbeiter den Streik als verhängnisvoll erklären. Nunmehr stehen auch die Bauarbeiter im Streik, 68 Bauten haben still. In Lublin haben sich zu den streikenden Metallarbeitern gleichfalls die Bauarbeiter gesellt. In Warschau (Wallsien) dauert der Streik der Salzbergwertarbeiter an. Die Streikenden werden mitgehört von den Arbeitern der nahegelegenen Petroleum-gelbete unterstüßt. In Carow ist der Bauarbeiterstreik ebenfalls ausgebrochen.

Die Deringsdorfer Sportwoche freigegeben. Wie wir von zuständiger Seite hören, ist das Verbot der Deringsdorfer Sportwoche wieder aufgehoben worden, nachdem Staatssekretär Freund vom Wirtschaftsministerium aus einer Verweigerung mit dem Besitzer des Hotels Atlantik und dem Leiter der Deringsdorfer Sportwoche die Überzeugung gewonnen hat, daß die Veranstaltung rein sportliche Zwecke verfolgt. Auch das Tanztornier wird stattfinden, wobei aber besonders auf strikte Einhaltung der Vollzeithunde mit aller Schärfe gehalten werden soll.

Die Verlängerung der Verkehrssperre.

Als von den Franzosen und Belgiern über die besetzten westdeutschen Gebietsteile verhängte Verkehrssperre ist bekanntlich kurz vor ihrem Ablauf um 10 Tage verlängert worden. Diese Maßnahme erfolgte, obwohl kurz vorher von den Besatzungsbehörden versichert worden war, daß eine Verlängerung der Sperre nicht in Betracht kommt. Darum ist auch die Verlängerung nicht als eine bloße Ausdehnung der Frist, sondern als ein heimtückisches Mittel auf die Lebensbedingungen der Bewohner des Rhein- und Ruhrgebietes aufzufassen. Zahlreiche Großkaufleute und Badegeschäfte hatten im Hinblick auf das nahe Ende der Sperre ihre Warenvorräte ohne Beschränkung verkauft und sind jetzt genötigt, die Büros und die Läden zu schließen. Nicht minder verhängnisvoll war die von Paris ergehende Order für die zahlreichen Personen, die ins besetzte Gebiet zurück bezw. aus dem besetzten Gebiet herausfahren wollten. Sie liegen diesseits bezw. jenseits der scharfbewachten Grenze in bedrängtesten Verhältnissen fest und erleiden schwere Einbuße in Gesundheit und Vermögen.

Die von der Pariser Regierung — entgegen der vorherigen Zusage — verfügte Verlängerung und Verschärfung der Lage für die Ruhrbewohner sollte eigentlich auch diejenigen betreffen, welche immer noch von einer deutschen Initiative zu Verhandlungen mit Frankreich das Heil erwarten. Wenn die Regierung Poincaré immer wieder das verständete Wort bricht, so kann man nicht erwarten, daß sie auch nur um eines Haarsbreite von dem feierlich eingenommenen intransigenten Standpunkt bei der Auslegung des Friedensvertrages abweicht. Die Welt ist so sehr an französisch-belgische Gewalttaten gewöhnt, daß die Presse anderer Länder kaum noch nebenher von den Alten Notiz nimmt, die sich alltäglich im unglücklichen deutschen Westen abspielen. Nach den Veröffentlichungen der englischen Zeitung „Observer“ ist zu erwarten, daß die Verlängerung der Verkehrssperre der Vorbereitung oder gar der Inzenerierung eines dortigen Aufstandes zur Befreiung der Rheinlande dienen soll. Die amtlichen und privaten Stellen, welche die Viderung des Landes des Bewohner an Rhein und Ruhr übernommen haben und welchen die Fürsorge für die Flüchtlinge anvertraut ist, sind vor fast unlösliche Aufgaben gestellt worden. Es ist heute dringender notwendig als je, daß die Deutschen in den unbefestigten Landesteilen mit Worten und mit tatkräftiger Hilfe den Bewohnern der Westmarken

die Solidarität bekunden. Poincaré läßt alle Minen springen, um Deutschlands Widerstand zu brechen; seine Pläne müssen zunichte werden, wenn nicht unabsehbares, jahreslanges Unheil auf unser Volk kommen soll.

Das nicht unmittelbar beteiligte Ausland, Schweiz zu den französisch-belgischen Extratouristen; höchstens daß ein Presseorgan einmal platonisch das angerichtete Unheil und die immer wieder gestörte Solidarität beklagt. Die Verlängerung der Verkehrssperre ist von Paris aus ohne Befragung der Alliierten dekretiert worden. Darum handeln wir nicht bloß im Sinne unserer Rettung sondern auch als Vertreter aller ehrlich aufdauernden Kräfte der ganzen Welt, wenn wir unsere Abwehrhaltung im Westen behaupten.

Letzte Drahtnachrichten.

Der 29. Juli. Warnungen des Reiches.

Berlin 24. Juli. Der Reichsminister des Innern hat unter dem 19. Juli an die Landesregierungen ein Rundschreiben ergehen lassen, in welchem auf die Möglichkeit von Zusammenstößen, besonders am 29. Juli, hingewiesen und ersucht wird, alle Maßnahmen zur Verhinderung von Störungen der Ruhe und Ordnung zu treffen. Ganz besonders wird auf die genaue Durchführung der reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen über das Waffentragen und Mitführen von Waffen in Versammlungen und Aufmärschen hingewiesen. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit von Ruhe und Geschlossenheit gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ersucht der Reichsminister in dem Rundschreiben, von vornherein mit wirksamen Mitteln einzugreifen und nötigenfalls Versammlungen unter freiem Himmel für den 29. Juli überhaupt zu verbieten.

NSD. und der kommunistische Faschistentag.

Berlin 25. Juli. Wie der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei mitteilt, hat die Vereinigte Sozialdemokratische Partei mit dem von den Kommunisten auf den 29. Juli angesetzten Antifaschistentag nichts zu tun. Die örtlichen Organisationen haben die Teilnahme an der Veranstaltung abzulehnen.

Bankraub „unter Leitung Pariser Spezialisten“!!!

Paris 24. Juli. Die Franzosen haben vergangene Nacht und im Laufe des heutigen Vormittags in der Reichsbank die sie bereits seit langer Zeit besetzt hatten, das vorhandene Geld geraubt. Wie es heißt, wurden die Tresors unter Leitung von Pariser Spezialisten mit Sauerstoffapparaten und Bienen aufgeföhrt.

Das Geld, dessen Höhe sich auf 25 bis 30 Millionen belaufen dürfte, wurde auf Postkonten verlagert. Der französische Kriegsminister besucht den Schindergeneral. Paris, 24. Juli. Kriegsminister Maginot reist heute in Begleitung des Generals Guat und Bocquet nach dem Ruhrgebiet. Er wird in Düsseldorf morgen vormittag bei einer Parade dem General Legoutte das Großkreuz der Ehrenlegion überreichen. Hierbei wird der Agence Havas zufolge, der englische Oberkommandant General Gosch anwesend sein.

Ein Schweizer verhaftet.

Genève, 25. Juli. Die Rheinisch-Westfälische Bergmehlbrennerei in Bochum: Direktor Schreiber vom Bochumer Verein wurde von den Franzosen verhaftet. Schreiber ist Schweizerischer Nationalität.

Dehne will in den Hungerstreik treten.

Berlin, 25. Juli. Der Prozeß gegen den Berliner Journalisten Walter Dehne, der beschuldigt ist, das Interesse des Reiches schädigende Nachrichten an ausländische und deutsche Zeitungen weitergegeben zu haben, ist auf den 1. Oktober vor dem Reichsgericht anberaumt worden. Dehne hat gegen diesen späten Termin durch seinen Rechtsanwalt protestieren und mitteilen lassen, daß er in den Hungerstreik treten werde, falls nicht bis 31. Juli der Prozeß eröffnet sein würde.

Die amtliche Notierung des Dollars betrug gestern in Berlin 412 965.

Amtliche Bekanntmachung. Öffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Donnerstag, den 26. Juli 1923, nachmittags 4 1/2 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaal.

Tagesordnung: 1. Aufwandsentschädigung an die Mitglieder der städtischen Körperschaften und Ausschüsse bei Besuch von Sitzungen. 2. Anschaffung von 10 Stücken der Zeitschrift, die aus Anlaß des Stadtjubiläums herausgegeben wurde. 3. Bewilligung der Mittel für veranschaulichte Einführung von Straßentafeln an den Volks- und Fortbildungsschulen. 4. Neufestsetzung des Einlage- und des Hypothekenzinsfußes der Sparkasse. 5. Nachtrag zum Ortsgesetz über die Vergnügungssteuer. 6. Sitzung hinsichtlich wertbeständiger Sparkasseneinlagen. 7. 8. Nachtrag zur allgemeinen Marktordnung der Stadt Aue.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft, m. b. H., Aue

Jagdverpachtung.

Die Jagd auf Zeller Flur soll Sonnabend, den 11. August 1923 nachmittags 6 Uhr, im Restaurant Feldschlößchen zu Aue, Mehnertstraße, anderweit auf 6 hintereinanderfolgende Jahre verpachtet werden und zwar vom 1. September 1923 bis 31. August 1929; jedoch unter Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern und Ablehnung sämtlicher Gebote. Jagdliebhaber sowie die Mitglieder der Jagdgenossenschaft werden zu diesem Termine eingeladen.

Aue, den 25. Juli 1923.

Der Jagdvorstand Chr. Günther.

Zöpfe

färbt u. repariert billigst in kürzester Zeit Stern & Gauger Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Verkauf von

Lacken, Firnis, Farben, streichf. Öl-Fußbodenlacken und Lackfarben, Malerbedarfsartikeln jeder Art zu den billigsten Tagespreisen bei Gustav Bauer, Bodauerstraße 7 und 11. — Telefon 653. —

Für Eisen,

Almetall, Lumpen, Knochen, Klebmittel, Zettungen und Wäcker sowie alle Arten Holz aller Art zu den höchsten Tagespreisen Mag Wehner, Reichsstr. 9. Fernruf 840. Hole auf Wunsch ab.

Altes Gold, Silber,

Platin u. Brillanten kauft zu Tagespreisen Erich Doerffer, Goldschmiedemstr., Zwidauer, Innere Plauenische Straße 14.

Altmaterial

kaufen G. Cohné & Co. Dresden-Friedr. Bernspr. 12345, 12969 u. 13043

Apollo-Lichtspiele Aue

Lichtspielhaus ersten Ranges Bahnhofstraße 17. Fernr.: 768.

„Alt-Heidelberg“

sowie Chaplin als Stütze der öffentl. Ordnung steht noch heute Mittwoch u. morgen Donnerstag auf dem Spielplan. Wir empfehlen werten Interessenten, nach Möglichkeit die 6-Uhr-Vorstellung zu besuchen, da später der Besuch stärker ist. Freitag neues Programm.

Carolatheater-Lichtspiele Aue.

Donnerstag bis Sonntag: Die große Senfaktion: Die Flammenfahrt des Pacific-Express. 6 Akte aus dem Leben eines amerikanischen Abenteuerers. Schauspiel Masfieri. Schauspiel in 4 Akten. Dem Tagebuch eines Kriminalkommissars entnommen. Wochentags täglich Beginn 8 und 1/2 Uhr.

Wachtung! Wachtung!

Wollen Sie die wirklich höchsten Preise für Ihr Haar auskammtes Frauenhaar erzielen? Wir zahlen weit höhere Preise als alle anderen. Haaraufläufer. Stern & Gauger, Aue i. Erzg., Straße Nr. 48.

Junge Hunde

zu verkaufen. Carola-Str. 7a, II. r. Verloren! Am Dienst. vorm. u. v. einer frankten Blume im Stadt, Nähe d. H. Lusthausden, auf einer Bank ein rare. Umhängeloch hing. geloff. Bitte gegen Belohnung abzugeben. In der Poststraße.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief sanft und ruhig mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Großvater und Bruder

Albert Franz Römmler

im 56. Lebensjahre.

In tiefer Trauer die trauernde Witwe Hulda verw. Römmler nebst Kindern.

AUE, 25. Juli 1923.

Die Beerdigung unseres lieben Entschlafenen erfolgt Donnerstag mittag 1/2 Uhr vom Trauerhause, Wettinerstraße 94, aus.

Erste Auer Dampfwäscherei und Neuplättere

für Kragen, Manchetten, Oberhemden, Hauswäsche. Anerkannt beste Ausführung. Die Verwendung von Chlor oder sonstigen Bleichmitteln ist unter Garantie in meinem Betriebe ausgeschlossen. Beste und leistungsfähigste Mäntel des Erzgebirges J. Paul Breitschneider, Aue :: Fernruf 381.

Gebild., solider, verh. Mann, 35 J., mit Wohnung in Aue, guter Schreiber, flotter u. sicherer Rechner mit Hand- u. Maschine u. Logarithmen. Lohnt sich zu 1. August größerem Betrieb in Lohnbüro, Lager oder techn. Büro, übernimmt evtl. auch lohnende Vertretung. Angebote erbeten unter A. T. 2621 an das Auer Tageblatt.

Dreher und Horizontal-Bohrer

gesucht. Zwidauer Maschinenfabrik Niederschlema.

Zuverl., fleißig. Dienstmädchen,

in Küche und Haushalt bewandert, per 1. Aug. oder später für einfachen Villenhaushalt gesucht. Hoher Lohn, Aufwartung u. Wäsche vorhanden. Fahrgehalt wird vergütet. Direktor Schröder, Kirchberg, Sa., Bahnhofstraße 149.

Aufwartung

Ein Paar neue, lange Stiefel. gesucht für den Vormittag. Größe 44, zu verkaufen. Zu erfragen in d. Geschäft d. Bl.

CONTINENTAL

Die schreibende Actier- und Subtrahier-Maschine für Kasse, Buchhaltung, Betrieb, Labordia, kurz überall gerechnet wird.

VERKÄUF: **BUNNAG**

BUCHHALTUNGS-MASCHINEN G.M.B.H. CHEMNITZ, SCHADESTR. 12. FERNSPRECHEN 1323 UND 2078. ABLES. 9904, 9908, 9909.

Klein... Die... empork... Verbl... oder Br... Händler... die Erl... Lebens... Kleinb... baren... wird... wly un... Zwische... Leuants... Kaufern... wirtscha... auch, d... mission... willfär... des Kle... Großha... bewahrt... rung p... It... nur her... verant... nen, de... jedem... Sucht... ungeset... durch B... Herausf... zu Bee... liegen... dem er... zeigt d... unbesan... Bu... me ohy... Berber... es natü... mer so... einen b... sen und... sich auc... schäfts... Großha... bewahrt... in den... Ander... hiernad... io zeig... res 19... preise J... verglei... r u ein... chntli... zurück... 90,35... Prozen... gent. A... handel... mit der... such zu... hen Sp... handel... von etn... aber, f... weitere... Da... von 80... ja nicht... es darf... Wirtsch... den Gr... meist A... bei etw... Großha... falls in... rade d... dem D... hoch Kle... dem A... Großha... des Be... Unrecht... Vereint... 1923;... letzten... zurück... Be... mer. to...